

Berliner Nachrichten

Juni 2008



Renate Gradistanac MdB, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Tourismus

Inhalt

Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt	2
Mehr Schutz vor Gewalt in den Medien	2
Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens	3
Für eine Personalpolitik mit Weitblick	3
Die Rentenanpassung ist beschlossen	4
Berichte zu Migration / Integrationskursen	4
Wie Spielzeug sicherer werden soll	5
Frauenpolitische Gespräche in Ankara	5
Politiker, die sogar lachen	6
Ein Jahr in die USA – jetzt bewerben	6
Impressum / Sitzungskalender / Abo-Schein	7



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

Der Bundestag hat den Weg für die Anpassung der Renten frei gemacht. Die Renten erhöhen sich dadurch zum 1. Juli um 1,1 Prozent. Damit steigen die Bezüge für die 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner stärker als vorgesehen.

Die Anpassung der Renten orientiert sich an der Entwicklung der Löhne und Gehälter. Planmäßig wären die Renten bei einer Lohnsteigerung von 1,4 Prozent nur um 0,46 Prozent gestiegen. Diese Erhöhung ist aber angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung zu gering. Deshalb haben wir die vollen Anwendung der Rentenanpassungsformel für dieses und das nächste Jahr ausgesetzt.

Damit wird es auch im kommenden Jahr noch einmal eine höhere Steigerung der Renten um voraussichtlich rund zwei Prozent geben. Wir wollen, dass auch Rentnerinnen und Rentner vom wirtschaftlichen Erfolg profitieren (Seite 4).

Solidarische Grüße

Eure Renate

Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt

Eine Aktuelle Stunde im Bundestag

Am Donnerstag debattierte der Bundestag auf Verlangen der Koalitionsfraktionen in einer Aktuellen Stunde über Wachstum und Beschäftigung als Grundlage wirtschaftlicher Sicherheit – Haltung der Bundesregierung zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und den Wachstumsperspektiven für Deutschland.

40 Millionen Erwerbstätige, 27 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und 1,6 Millionen weniger Arbeitslose als vor drei Jahren: Das seien aktuelle Zahlen, die den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland widerspiegeln, so Klaus Brandner, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Durch die höheren Einnahmen habe der Staat nun mehr Spielraum für Investitionen. Zum Beispiel für die Vermittlung von Arbeitslosen und die Weiterbildung. Angesichts des Aufschwungs sei die Vollbeschäftigung nun wieder ein realistisches Ziel. Er betonte vor allem auch die sozialen Auswirkungen von Arbeit, die Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe sei. Gute Arbeit und

faire Löhne für alle, müssten deshalb die Ziele bleiben.

Rolf Stöckel, Sprecher der AG Verteilungsgerechtigkeit, wies daraufhin, dass die gute wirtschaftliche Lage derzeit eine Konsequenz der Agenda 2010 sei. Zukünftige Aufgaben seien nun die Einführung der geplanten branchenspezifischen und gesetzlich verankerten Mindestlöhne, die Bekämpfung der strukturellen Unterschiede zwischen Mann und Frau, die Erhaltung der Mitbestimmung in Betrieben und die Förderung von Weiterbildung.

Die Vorsitzende des Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Edelgard Bulmahn, ging insbesondere auf den Bereich Bildung, Forschung und Entwicklung ein. Eine gute Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, starke Forschung und Entwicklung sowie die geeignete Infrastruktur, seien Wegbereiter für weiteres wirtschaftliches Wachstum, so Bulmahn. Dies erreiche man aber nur durch Investitionen und nicht durch Steuergeschenke.

Mehr Schutz vor Gewalt in den Medien

Das Parlament hat den Regierungsentwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Jugendschutzgesetzes abschließend beraten und beschlossen.

Bei der Gesetzesänderung geht es vor allem um den effektiven Schutz vor medialen Gewaltdarstellungen, auch und gerade bei Computerspielen. Der bestehende Katalog von indizierten schwer jugendgefährdenden Trägermedien muss mit Blick auf neue Formen der Gewaltdarstellung erweitert werden. Gleichzeitig müssen die Indizierungskriterien des bestehenden Gesetzes entsprechend ausgeweitet werden.

Zudem legt das neue Gesetz eine Mindestgröße und die Sichtbarkeit für die Alterskennzeichnungen der Freiwilligen Selbstkontrolle fest. Ein effektiver Jugendmedienschutz in der Praxis ist für die Länder und die Bundesregierung von

hoher Priorität. Aufgrund der tragischen Ereignisse in Emsdetten im November 2006 ist wiederholt das Thema des wirksamen Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor medialen Gewaltdarstellungen, insbesondere gewaltbeherrschten Computerspielen, in das öffentliche und politische Interesse gerückt. Deshalb hat die Bundesregierung entschieden, die Evaluierung der Video- und Computerspiele vorzuziehen. Den noch anstehenden Bund-Länder-Gesprächen auf der Grundlage der Ergebnisse der Gesamtevaluierung wird nicht vorgegriffen. In einigen entscheidenden Punkten im Jugendschutzgesetz hat sich der Bedarf einer Änderung bereits vor dem Ergebnis der Evaluierung gezeigt. Der Nationale Normenkontrollrat hat im Rahmen seines gesetzlichen Prüfauftrages keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

„Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens“

Zum Fall der mutmaßlichen Kindstötung in Horb / Pressemitteilung 28.05.08

Horb / Berlin. Renate Gradistanac, stellvertretende kinderpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, mahnt anlässlich der mutmaßlichen Kindstötung in Horb zur Besonnenheit: „Ich bin erschüttert. Aber Empörung, Vorverurteilungen und Anklagen helfen nicht weiter. Die Häufung der veröffentlichten Fälle bundesweit weist leider darauf hin, dass wir es mit einem gesellschaftlichen Problem zu tun haben.“ Die Politik habe dies schon lange Zeit vor diesem traurigen Vorfall in Horb erkannt.

Als Familienpolitikerin hat Renate Gradistanac den von der Bundesregierung aufgelegten Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010 sowie das Bundesprogramm „Frühe Hilfen für Kinder, Eltern und soziale Frühwarnsysteme“ mitgestaltet und für die Durchsetzung im Parlament gekämpft.

Für „Frühe Hilfen“ hat der Bund im Frühjahr 2006 zehn Millionen Euro bereitgestellt, um

Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern wirksam vorzubeugen. Risiken für Kinder sollen frühzeitig erkannt und die Erziehungskompetenz von Eltern verbessert werden. Im Fokus stehen Kinder bis zu etwa drei Jahren, Schwangere und junge Mütter und Väter in „belastenden Lebenslagen“. Die Arbeit von Gesundheitssystem und Kinder- und Jugendhilfen, so Gradistanac, müsse eng miteinander verzahnt werden, um die Eltern fachlich kompetent und lückenlos zu begleiten.

„Aufklärung, Vorbeugung und konkrete Hilfe von Behörden und sozialen Einrichtungen sind das eine“, so Gradistanac in einer Pressemitteilung. „Vor allem brauchen wir jedoch eine neue Sensibilität in der Gesellschaft für die Belange des Einzelnen, eine Kultur des Hinschauens, wieder mehr Interesse und Aufmerksamkeit füreinander, um solche tragische Vorfälle möglichst zu verhindern“



Bis zu 15.000 Euro Preisgeld für eine Personalpolitik mit Weitblick

Bis zu 15.000 Euro Preisgeld können Betriebe, Behörden und öffentliche Einrichtungen im Kreis Calw / Kreis Freudenstadt gewinnen, wenn sie kulturelle Vielfalt am Arbeitsplatz fördern. Renate Gradistanac ruft zum Mitmachen auf.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete wirbt für die Kampagne „Vielfalt als Chance“ der Bundesregierung. „Wir nutzen das Potential von Menschen ausländischer Herkunft zu wenig - die Kenntnisse von Sprache und Kultur helfen Betrieben, neue Kunden im In- und Ausland zu erschließen“, schreibt Gradistanac in einer Pressemitteilung.

Laut dem aktuellen Bundesbildungsbericht beträgt die Ausbildungsquote bei Bewerber/innen ausländischer Herkunft 23,7 Prozent - bei deutschen Bewerber/innen 56,9 Prozent. Auch

Akademiker haben geringere Chancen, hier liegt das Verhältnis bei 68 zu 84 Prozent.

Die Bundesregierung belohnt deshalb Betriebe und Einrichtungen für die Weitsicht in der Personalpolitik. Der Hauptpreis beim Wettbewerb „Kulturelle Vielfalt am Arbeitsplatz“ ist mit 15.000 Euro dotiert; 10.000 Euro gibt es für den zweiten Platz, 5.000 Euro für den dritten. Großunternehmen erhalten anstatt eines Geldpreises Einladungen für ausgewählte Mitarbeiter/innen ins Kanzleramt.

Die Bewerbungsfrist endet am 8. September. Die Sieger werden im Dezember von der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer, ausgezeichnet. Weitere Informationen gibt es im Internet: www.vielfalt-als-chance.de/wettbewerb

Pressemitteilung 15.05.08

Die Rentenanpassung ist beschlossen

Das Gesetz tritt zum 1. Juli in Kraft

Der Bundestag hat den Gesetzentwurf zur Rentenanpassung 2008 beschlossen. Zuvor hatte der Ausschuss für Arbeit und Soziales eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen veranstaltet.

Die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung werden jährlich an die Entwicklung der Löhne und Gehälter angepasst. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs sind diese 2007 nur um 1,4 Prozent gestiegen. Nach geltendem Recht wäre deshalb zum 1. Juli 2008 nur eine Rentenerhöhung um 0,46 Prozent möglich. Denn in dem Faktor zur Rentenanpassung werden auch die Veränderung des Beitragssatzes und die Veränderung des Altersvorsorgeanteils (die so genannte Riestertreppe) berücksichtigt.

Dadurch wird sichergestellt, dass die steigenden Aufwendungen der Jüngeren einschließlich ihrer privaten zusätzlichen Vorsorge bei der Anpassung

berücksichtigt werden. Aus diesem Grund wäre die Rentenanpassung in diesem Jahr um 0,64 Prozent auf eben nur 0,46 Prozent Erhöhung gemindert worden. Dies ist aber zu gering um die Rentnerinnen und Rentner angemessen am Wirtschaftsaufschwung zu beteiligen. Sie werden nun ab dem 1. Juli 1,1 Prozent mehr Rente erhalten. Dies wird dadurch möglich, dass in diesem und im nächsten Jahr die Riestertreppe ausgesetzt und in die Jahre 2012 und 2013 verschoben wird. Daraus ergibt sich eine höhere Rentenanpassung in Höhe von 0,64 Prozentpunkten in 2008 und für 2009 eine um 0,63 Prozentpunkte höhere Rentenerhöhung. Dies kann ohne Anhebung der Beitragssätze geschehen, weil sich wegen der positiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation die Rentenfinanzen stabilisiert haben. Die langfristigen gesetzlichen Beitragssatzobergrenzen in Höhe von 20 Prozent bis 2020 und 22 Prozent bis 2030 werden eingehalten.

Die Berichte zu Migration und den Integrationskursen liegen vor

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtungen der Bundesregierung „Migrationsbericht 2006“ sowie „Erfahrungsbericht der Bundesregierung zu Durchführung und Finanzierung der Integrationskurse nach Paragraph 43 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetz“ beraten.

Seit 2000 ist die Bundesregierung aufgefordert jährlich einen Migrationsbericht vorzulegen. Ziel dieses Berichts ist es, dass in aktueller, umfassender und detaillierter Form ein Überblick über das Migrationsgeschehen dargelegt wird. Mit dem Bericht von 2006 liegt die jüngste Erhebung vor. Die Daten stammen aus den Jahren 2005 und 2006. Der Migrationbericht enthält u.a. allgemeine Wanderungsdaten, eine Darstellung der verschiedenen Migrationsarten und einen europäischen Vergleich zur Migration und zur Asylwanderung. Insgesamt wurden 662.000 Zuzüge nach und 639.000 Fortzüge aus Deutschland gezählt.

Mit dem zweiten Bericht legt die Bundesregierung die Ergebnisse einer Evaluation der 2004 durch die rot-grünen Regierung beschlossenen Integrationskurse vor, die im Juni 2007 abgeschlossen wurde. Insgesamt kann man die Integrationskurse als Erfolg bezeichnen. Trotzdem wurde in zahlreichen Punkten Verbesserungspotenzial gesehen. Aus heutiger Sicht, ist der Bericht jedoch veraltet. Viele der Kritikpunkte, die dort aufgelistet werden, sind mittlerweile ausgeräumt: Einstufungs- und Abschlusstests sind heute Pflicht, die Stundensätze pro Stunde und Teilnehmer sowie die Entlohnung der Lehrkräfte sind erhöht, die Kursstärke ist auf 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verkleinert und durch die stärkere Flexibilisierung der Kurse kann man individuellen Bedürfnissen besser nachkommen. Trotzdem muss die Akzeptanz der Integrationskurse deutlich verbessert werden. Schätzungsweise 2,6 Millionen eingewanderte Menschen sind dem Aufenthaltsgesetz zufolge nicht zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichtet und haben entsprechend Schwierigkeiten bei der Integration.

Wie Kinderspielzeug sicherer werden soll

Die Verwendung krebserregender Stoffe soll generell verboten werden

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Koalitionsfraktionen „Sicheres Spielzeug für unsere Kinder“ beschlossen.

Immer wieder gelangt Spielzeug auf den Markt, das gefährlich und für Kinder ungeeignet ist. Allein die Spielzeugliste des europäischen Warnsystems RAPEX aus dem Februar 2008 macht deutlich, wie gefährlich das Spielen insbesondere für kleine Kinder sein kann. Bei insgesamt 55 Meldungen wird für 29 Produkte vor Verletzungs- und Erstickungsgefahr gewarnt, elf Produkte bergen Vergiftungsgefahr und mit zu hohem Anteil an Chemikalien, Gefahr von Gesundheitsschädigung und Hörschäden setzt sich die Liste fort.

Die Einigung des Europäischen Parlaments und des Rates, die Möglichkeit nationaler Sicherheitszeichen wie das deutsche GS-Zeichen („Geprüfte Sicherheit“) zunächst weiter beizubehalten, wird vom Bundestag begrüßt. Neben den hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandards erfüllt das GS-Zeichen eine wichtige Informationsfunktion für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Gleichzeitig wird bedauert, dass die EU-Kommission in ihrem Entwurf einer Richtlinie für Spielzeugsicherheit erneut ein Verbot nationaler Prüfzeichen vorsieht. Die Bundesregierung ist deshalb aufgefordert, sich auf EU-Ebene für den Erhalt nationaler Prüfzeichen stark zu machen und sich auch dafür einzusetzen, dass die Hersteller generell zu einer präventiven Prüfung durch unabhängige Dritte verpflichtet

werden. Grundsätzlich positiv bewertet wird der Vorschlag der EU-Kommission, durch die Reform der EU-Spielzeugrichtlinie auch die Verwendung von krebserregenden, erbgut- und fortpflanzungsschädigenden Stoffen zu verbieten.

Allerdings geht dieser Vorschlag noch nicht weit genug. Die Kritik konzentriert sich auf die „inkonsequente“ Durchführung des Verbots, da es vielfache Ausnahmen gebe. Zudem erhalte der Entwurf ein Verwendungsverbot, wenn Konzentrationsgrenzwerte im Sinne des Chemikalienrechts überschritten werden. Es ist aber nicht der Gehalt des jeweiligen Stoffes entscheidend, sondern es kommt vielmehr auf die Freisetzung des Stoffes an, etwa wenn Kinder das Spielzeug in den Mund nehmen, zerkauen oder verschlucken. Der Richtlinienvorschlag der Kommission würde daher zu einer Verschlechterung des jetzt geltenden Schutzniveaus für Kinderspielzeug führen.

Die Bundesregierung soll aus diesen Gründen ein generelles Verbot krebserregender, erbgut- und fortpflanzungsschädigender Stoffen anstreben, da die bisher vorgesehenen Ausnahmen dem Schutz der Kinder nicht gerecht werden. Außerdem muss es ein komplettes Verbot aller allergenen Duftstoffe im Spielzeugbereich geben. Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung für die Gleichstellung von Spielzeug aus Kunststoffmaterialien mit so genannten Lebensmittelbedarfsgegenständen einsetzen, sofern das Spielzeug in den Mund genommen werden kann.

Frauenpolitische Gespräche in Ankara / Pressemitteilung 8. Mai 2008

Renate Gradistanac trifft in der Woche nach Pfingsten in Ankara mit der türkischen Staatsministerin für Frauen, Familie und Kinderschutz, Nimet Çubukçu, zusammen.

Das Treffen ist Teil einer viertägigen Delegationsreise des Deutschen Bundestags in die Türkei; eingeladen hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues. In ihrer Funktion als Familienpolitikerin und stellvertretende frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion führt Renate Gradistanac Gespräche mit türkischen Frauenrechtsorganisationen, Vertreterinnen und Vertretern der UNICEF und eines Straßen-

kinderprojekts in Ankara. Geplant sind Unterredungen mit dem Berater von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sowie Abgeordneten von Erdogans Regierungspartei AKP. Welchen Zugang zu Bildung haben Frauen und Jugendliche in der Türkei und in Deutschland, wie steht es um die Karrierechancen von Frauen - Fragen, die bei einem Forum in der AKP-Parteizentrale erörtert werden sollen. Von Ankara fliegt die Delegation nach Gaziantep in Südostanatolien. Neben Konsultationen mit Gouverneur und Bürgermeister der Stadt steht dort die Diskussion mit einer Frauenorganisation zum Stand eines Nachfolgeprojekts zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen in der Türkei an.

Politiker, die sogar lachen / Pressemitteilung 7. Mai 2008

Judith Stute und Lisa-Marie Witte beim Jugendpresstagen in Berlin



Lisa-Marie Witte (links) und Judith Stute waren auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Renate Gradistanac bei den Jugendpresstagen in Berlin.

Freudenstadt / Berlin. Politik in der Praxis ist auf den ersten Blick nicht so trocken wie Politik im Gemeinschaftskundeunterricht - dies ist eine Erkenntnis zweier Jungjournalistinnen aus dem Kreis nach zwei Tagen Berlin.

Judith Stute, 17, aus Waldachtal und Lisa-Marie Witte, 16, aus Pfalzgrafenweiler, beide Schülerinnen des Keplergymnasiums und dort Redakteurinnen der Schülerzeitung „Tollhaus“, nahmen auf Einladung von Renate Gradistanac an den Jugendpresstagen der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin teil. Insgesamt waren elf Jugendliche aus Baden-Württemberg mit dabei.

„Tollhaus“ - diesen Eindruck vermitteln nicht selten die Medien vom Politbetrieb in Berlin.

Lisa-Marie und Judith beschreiben ihre Eindrücke weniger dramatisch. Beide hatten sie eine nüchterne, streng geschäftige, vielleicht einschüchternde Arbeitsatmosphäre erwartet. Stattdessen: lichte, weitläufige Architektur, freundliche Menschen, Politikerinnen und Politiker, die sogar witzig sein können und lachen. Freilich hatten sie auch Glück - Finanzminister Peer Steinbrück und Jörg Tauss, Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, sind fraktionsintern für ihre Coolness bekannt.

Tag eins begann mit einer Pressekonferenz im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Unverhofft verlangte die Politik den Jungjournalisten Flexibilität ab - anstatt des angekündigten Vizekanzlers Frank-Walter Steinmeier trat Bundesfinanzminister Peer Steinbrück auf. Kein Problem. Die vorbereiteten Fragen, sagt Judith, seien „entsprechend angepasst“ worden.

In der Diskussionsrunde mit Jörg Tauss ging es um die Themen BAföG und Ausbildung, in Gesprächen mit Pressvertretern des Auswärtigen Amtes und des SPD-Parteivorstands indes wurde die Besonderheit der Pressearbeit bei Parteien und Institutionen beleuchtet.

Die beiden jungen Frauen waren am Ende positiv überrascht und berichten von „vielen neuen Eindrücke“ und „vielen Anregungen“. Die Jugendpresstagen haben sie in ihrem Interesse an Politik und Journalismus eher bestärkt. Lisa-Marie möchte auf jeden Fall in diese Fachrichtung studieren, Judith auf jeden Fall alsbald für die Lokalzeitung schreiben.

Ein Jahr in die USA – jetzt bewerben / Pressemitteilung 8. Mai 2008

Ein Jahr lang in Amerika leben, studieren und arbeiten - die SPD-Bundestagsabgeordnete vermittelt ein USA-Stipendium an Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen aus dem Kreis Calw / Kreis Freudenstadt.

Renate Gradistanac ermuntert besonders junge Berufstätige oder Auszubildende, das Angebot zu nutzen: „Egal, ob Handwerker, Kaufleute oder Landwirte - bewerben Sie sich!“ Bei Antritt des Stipendiums im August 2008 müssen die

Bewerberinnen und Bewerber eine anerkannte, abgeschlossene Berufsausbildung haben und nach dem 31. Juli 1984 geboren sein. (Für alle, die bereits ein Soziales Jahr, Zivildienst oder Wehrdienst geleistet haben, erhöht sich die Altersgrenze entsprechend.) Schülerinnen und Schüler müssen mindestens 15 Jahre und dürfen höchstens 17 Jahre alt sein. Die Bewerbungsfrist für das Parlamentarische Patenschafts-Programm endet Anfang September. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.bundestag.de/ppp

Die letzte Seite

Telefonzeiten

SPD-Büro Nagold (07452) 81 72 21
Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr

Büro Berlin (030) 227-73 7 18
Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr
Montag bis Donnerstag von 13 bis 17 Uhr

Dringende Nachrichten bitte auf den Anrufbeantworter – wir rufen zurück!

Büroleitung

Sybille Thomas, Berlin

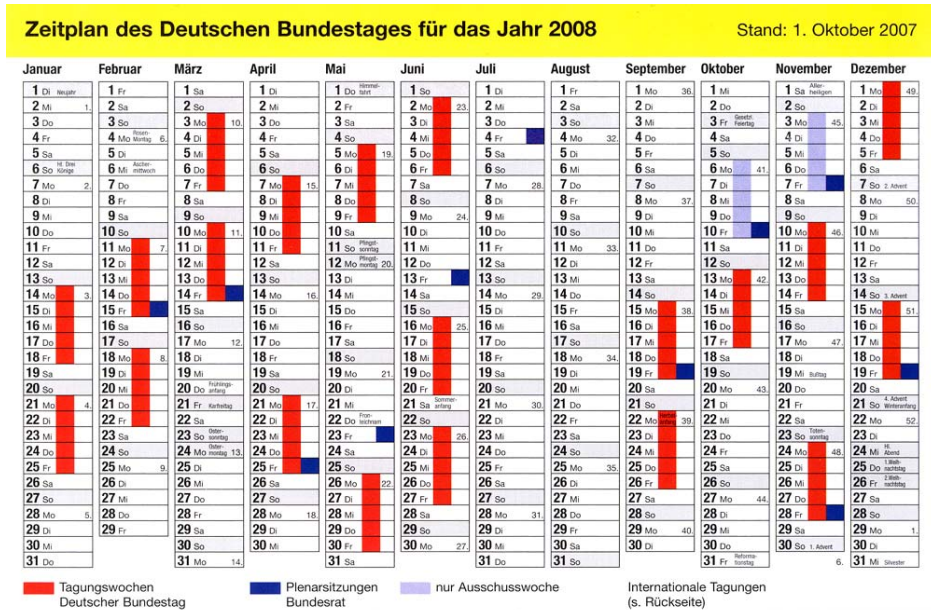
Impressum

Renate Gradistanac MdB (V.i.S.d.P.)
Deutscher Bundestag
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73718
Fax (030) 227-76718

renate.gradistanac@bundestag.de

Homepage

Die „Berliner Nachrichten“ stehen auch auf meiner Homepage:
www.bundestag.de/~renate_gradistanac



Die „Berliner Nachrichten“ im Abo: monatlich, aktuell, gratis, per E-Mail

Liebe Freundinnen und Freunde,

in den „Berliner Nachrichten“ gebe ich einen Überblick auf die Bundespolitik.

Hier steht und wird erklärt, was nicht in der Zeitung steht. Wenn Sie noch nicht Abonnent/in sein sollten, schicken Sie bitte eine E-Mail an renate.gradistanac@bundestag.de oder faxen Sie untenstehende Liste mit Ihrer E-Mail-Adresse an 030-227-76718

Ihre Renate Gradistanac MdB

Vorname	Name	E-Mail-Adresse